



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

II-2988 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Zl. 10.101/58-I/4a/85

Wien, am 1. Juli 1985

Schriftl. parlamentarische
Anfrage Nr. 1376/J
der Abgeordneten Dr. Gugerbauer,
Eigruber
betreffend Maßnahmen des Bundes-
ministeriums für Handel, Gewerbe
und Industrie für das Bundesland
Oberösterreich in der laufenden
Gesetzgebungsperiode

1339/AB

1985 -07- 03

zu 1376/J

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1376/J betreffend Maßnahmen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie für das Bundesland Oberösterreich in der laufenden Gesetzgebungsperiode, welche die Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Eigruber am 22. Mai 1985 an mich richteten, beehre ich mich zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage wie folgt Stellung zu nehmen:

Im Bereich der Außenhandelspolitik

Wenn auch davon ausgegangen werden kann, daß Aktivitäten der Handelspolitik grundsätzlich bundesweit gesetzt werden, sind zumindest schwerpunktmäßig auch für Oberösterreich die Bemühungen zur Durchsetzung von Exportinteressen und Unterstützung bei der Aufnahme bzw. Abwicklung von Kooperationen österreichischer Firmen mit ausländischen Partnern auf bilateraler Basis von Bedeutung. Diese Bemühungen werden

- 2 -

auch im Rahmen meiner Reiseätigkeit unterstützt. Bei diesen offiziellen Besuchen wurden und werden jeweils die wesentlichsten Fragen über beiderseitige Handels- und Wirtschaftsbeziehungen erörtert und wichtige Aufträge auch für die in Oberösterreich beheimatete Industrie abgeschlossen bzw. vorbereitet. Bieten doch gerade in Staatshandelsländern derartige offizielle Besuche oft erst die Voraussetzung für den österreichischen Firmenvertreter ein adäquates Gegenüber zu finden.

Neben diesen intensiven Bemühungen zur Förderung der österreichischen Exporte auf bilateralem Gebiet ist im Rahmen des weiten Bereiches der europäischen Integration dem Beitritt Spaniens und Portugals zur EG besondere Bedeutung beizumessen. Seitens der österreichischen Regierungsstellen wird gegenüber der EG während der laufenden Gesetzgebungsperiode immer wieder dahingehend interveniert, daß Österreich auf dem iberischen Markt durch den Beitritt der beiden Länder zur Gemeinschaft, auch nicht während einer Übergangsperiode durch höhere Zölle oder andere Importbeschränkungen benachteiligt wird. Im Zusammenhang mit der europäischen Integration ist Österreich auch an einer pragmatischen Mitarbeit bei der Lösung von gemeinsamen Fragen der allgemeinen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, Wissenschaft und angewandten Forschung, Industrie- und Technologiepolitik beteiligt. Konkrete Initiativen auf dem Sektor der Ursprungsregeln, der technischen Handelshemmnisse sowie von Grenzerleichterungsfragen als Ergebnis der Luxemburger Erklärung (Politische Absichtserklärung im Rahmen eines Treffens auf Ministerebene im April 1984, das zwischen den EG-Staaten, der EG-Kommission und den EFTA-Staaten abgehalten wurde. Ziel: Schaffung eines möglichst einheitlichen europäischen Wirtschafts- und Industrieraumes) werden derzeit verfolgt. Neben diesen sicher notwendigen aber langwierigen Bemühungen zur Sicherung des Außenhandels im europäischen Bereich werden alle

- 3 -

Anstrengungen unternommen, um der österreichischen Wirtschaft den Zugang zu Märkten des pazifischen Raumes und damit einer Nutzung des dort vorhandenen Wirtschaftswachstumspotentials zu ermöglichen.

Auf dem Agrarsektor sind die österreichischen Regierungsstellen bemüht, die volle Ausnützung des Zollfreikontingentes für weibliche NutZRinder der Höhenrassen von insgesamt 38.000 Stück sicherzustellen, wobei Österreich den Bemühungen der EG energisch entgegentrat, dieses Kontingent künftighin zu verringern. Im übrigen werden alle Möglichkeiten genutzt, um das agrarische Handelsbilanzdefizit gegenüber der EG zu reduzieren.

Schließlich sei darauf verwiesen, daß Österreich nicht nur wie eingangs erwähnt verstärkt Exportbemühungen setzt, sondern auch im Rahmen der durch internationale Vereinbarungen gegebenen Möglichkeiten, etwa am Textilsektor bemüht ist, eine schwierige Phase der Umstrukturierung durch bilaterale Abkommen zum Schutz der heimischen Textil- und Bekleidungsindustrie abzusichern.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß in der 16. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates bis 28.5.1985 der Rieder Messe im Jahre 1983 ein Betrag von S 390.000,-- 1985 ein Betrag von S 75.000,--, somit insgesamt S 465.000,-- sowie der Welser Messe ein solcher von S 248.096,--, als Zuschuß zu den Planungskosten für den Neubau von Hallen etc. bewilligt wurde. Aufgrund von üblichen Teilzahlungen wurden tatsächlich in den Jahren 1983 bis 1985 der Rieder Messe insgesamt S 342.013,-- und der Welser Messe insgesamt S 252.951,-- ausbezahlt.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß auch der Werbeprospekt der ARGE österr. Messen vom ho. Ressort im o.e. Zeitraum zu 50 %,

- 4 -

d.s. insgesamt S 439.007,-- subventioniert wurde, wobei von den sieben großen österreichischen Messen allein zwei (die oben genannten) auf Oberösterreich entfallen.

Im Bereich der Gegengeschäfte

Im Zuge der Bemühungen, bei Auslandsbezügen von Bundesdienststellen der österreichischen Wirtschaft durch Vereinbarung von Gegengeschäften der ausländischen Lieferanten mit der österreichischen Industrie neue Exportmöglichkeiten zu eröffnen, konnten im Zeitraum vom 1. Jänner 1983 bis 1. März 1985 durch das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung Gegengeschäfte mit ausländischen Lieferanten von Heeresmaterial vereinbart werden, die 37 oberösterreichischen Firmen zugute gekommen sind. Der Wert der mit diesen Firmen bereits durchgeführten Gegengeschäfte beträgt ca. 318,5 Mio. S.

Im Bereich der Zulieferungen

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ist seit Jahren bemüht, österreichische Firmen vermehrt in das Zuliefergeschäft einzubinden. Schwerpunkte bilden derzeit die Automobil- bzw. die EDV/Büromaschinenindustrie. Aus dieser Perspektive sind all jene Bemühungen zu sehen, welche darauf abzielen, Zulieferbetriebe neu zu gründen bzw. die Neuaufnahme von Produktionen durch bestehende österr. Betriebe administrativ und finanziell zu unterstützen.

In der Industriesektion des Handelsministeriums wird ständig versucht, die Verbindungen zwischen Großproduzenten und potentiellen österr. Zulieferern zu verbessern, auszubauen und auf langfristige Kooperation auszulegen.

- 5 -

Nicht zuletzt als Ergebnis dieser Kontakte liefern aus dem Bundesland Oberösterreich bereits mehr als 40 Unternehmen an die Automobilindustrie und ca. 10 Firmen Halb- und Fertigteile an die EDV/Büromaschinenindustrie. Insbesondere hervorzuheben sind die Firmen VÖEST-Alpine AG, BMW-Motoren GmbH-Steyr, Steyr-Daimler-Puch-AG, Chemie Linz AG und IBM-VÖEST in Engerwitzdorf.

Als bedeutendes Ereignis in dieser Legislaturperiode muß der Spatenstich für die zweite Ausbaustufe des Werkes der BMW-Motoren GmbH. in Steyr, welcher am 25. Februar d.J. erfolgte, angesehen werden.

Es besteht die Absicht, in Zukunft all diese Aktivitäten fortzuführen bzw. auch auf die Elektroindustrie und die Heizgerätekfertigung auszudehnen, wovon auch sicherlich wiederum zahlreiche oberöstr. Betriebe profitieren werden.

Im Bereich des Gewerberechtes

Wenn man unter Leistungen ganz allgemein Maßnahmen aller Art versteht, ist zunächst festzuhalten, daß im Bereiche des Gewerberechtes grundsätzlich keine legislativen Maßnahmen gesetzt werden können, die speziell auf ein bestimmtes Bundesland zugeschnitten sind. In den Fällen, in denen spezielle Gegebenheiten der einzelnen Bundesländer zu berücksichtigen sind, hat die Gewerbeordnung 1973 Verordnungsermächtigungen für den Landeshauptmann vorgesehen.

A) Im Lichte der bisherigen Ausführungen kommen als in den Tätigkeitsbereich meines Ressorts fallende - in der laufenden Gesetzgebungsperiode gesetzte - Maßnahmen, die auch für das Bundesland Oberösterreich bedeutsam sind, insbesondere folgende in Betracht:

I. Gesetze

1. Durch Artikel II des Bundesgesetzes vom 21. Oktober 1983 über die Förderung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt (Umweltfondsgesetz), BGBl.Nr. 567/1983, wurde der Gewerbeordnung 1973 ein § 79 a eingefügt. Durch andere oder zusätzliche Auflagen kann bei Betriebsanlagen u.a. eine Begrenzung der für die betreffende Umweltbelastung ursächliche Emissionen nach dem Stand der Technik unter Bedachtnahme auf bestehende Förderungsmöglichkeiten sichergestellt werden.
2. Das Bundesgesetz vom 7. März 1983, BGBl.Nr. 129 über die Betriebszeiten gewerblicher Betriebe an Sonntagen und Feiertagen (Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetz - BZG) sieht, abgestimmt auf das Arbeitsruhegesetz, BGBl.Nr. 144/1983, und die GewO 1973 vor, daß die Ausübung bestimmter gewerblicher Tätigkeiten und das Offenhalten bestimmter Betriebsstätten für den Kundenverkehr an Sonntagen und Feiertagen zulässig ist, und daß der Landeshauptmann bei Vorliegen eines besonderen regionalen Bedarfs im Verordnungswege bestimmte Betriebszeiten festsetzen kann.
3. Durch das Bundesgesetz vom 27. Juni 1984, mit dem das Mühlen-gesetz 1981 geändert wird (Mühlengesetz-Novelle 1984), BGBl. Nr. 260/1984, das mit 1. Juli 1984 in Kraft getreten ist, wurde die Geltungsdauer des Mühlengesetzes 1981 bis 30. Juni 1988 verlängert. Weiters wurden die Bestimmungen über den Pflicht-anteil an Qualitätsweizen vereinfacht, Auslegungsschwierigkeiten durch entsprechende Klarstellungen beseitigt, Beträge an die wirtschaftliche Entwicklung angepaßt und außerdem wurde die Aufsichtspflicht in Großmühlen verankert.

- 7 -

4. Durch das Bundesgesetz vom 27. Juni 1984, mit dem das Preisgesetz geändert wird (Preisgesetznovelle 1984), BGBl.Nr. 265/1984, das mit 1. Juli 1984 in Kraft getreten ist, wurde die Geltungsdauer des Preisgesetzes bis 30. Juni 1988 verlängert. Weiters wurde eine Ermächtigung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vorgesehen, zur Ermöglichung oder Sicherung möglichst gleicher Verbraucherpreise im ganzen Bundesgebiet für in der Anlage zum Preisgesetz genannte Sachgüter die Durchführung eines Frachtkostenausgleiches anzuordnen und sich hierzu einzelner fachlich geeigneter Unternehmen oder Verbände zu bedienen. Außerdem wurde eine Sonderregelung für die Preisauszeichnung bei Selbstbedienungsläden mit automatischem Ablesesystem zur Erstellung der Rechnung getroffen und eine Anpassung der Bezeichnung der in der Anlage unter "Sachgüter" angeführten Arzneimittel an die Terminologie des Arzneimittelgesetzes 1983 vorgenommen.
5. Durch Kundmachung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 25. Jänner 1985, mit der die Ausverkaufsverordnung wiederverlautbart wird, BGBl. Nr. 51/1985, wurde die Ausverkaufsverordnung als "Bundesgesetz über Ausverkäufe und ausverkaufsähnliche Veranstaltungen"(Ausverkaufsgesetz 1985) wiederverlautbart.

II. Verordnungen

1. Durch die Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 31. Jänner 1984, BGBl.Nr. 73, mit der die Verordnung über die Begrenzung des Schwefelgehaltes von Heizöl geändert wird, wurden die Grenzwerte für Heizöl leicht, Heizöl mittel und Heizöl schwer weiter herabgesetzt.

- 8 -

2. Verordnungen aufgrund des Berufsausbildungsgesetzes (Änderungen der Lehrberufsliste, Erlassung bzw. Änderungen von Prüfungsordnungen, Erlassung bzw. Änderungen von Ausbildungsvorschriften).
3. Aufgrund des § 32 UWG wurden weitere Verordnungen über die Kennzeichnung des Energieverbrauches bestimmter Haushaltsgeräte (z.B. BGBl.Nr. 490/1983 betreffend Gas- und Haushaltsbackrohre idF BGBl.Nr. 195/1984) sowie über die Kennzeichnung anderer bestimmter Waren (z.B. BGBl.Nr. 185/1984 betreffend Waschmittel, BGBl.Nr. 411/1984 betreffend Textilien) erlassen.
4. Aufgrund des Gesetzes zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen, BGBl.Nr. 392/1977 idGF wurde durch Verordnung vom 18. Juli 1984, BGBl.Nr. 305/1984, Frischfleisch in das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis einbezogen.
5. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie war intensiv an der Vorbereitung folgender Umweltschutzvorschriften beteiligt:
 - a) Zweite Verordnung gegen forstschädliche Luftverunreinigung, BGBl.Nr. 199/1984
 - b) 2. Durchführungsverordnung zum DKEG, BGBl.Nr. 209/1984.

III. Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 15a B-VG

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wirkte intensiv an den Vorarbeiten für die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl geändert wird, BGBl.Nr. 48/1984, mit.

- 9 -

B) Beabsichtigte Leistungen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie in der laufenden Gesetzgebungsperiode, die auch für das Bundesland Oberösterreich bedeutsam sind:

I. Gesetze

Derzeit steht eine Novelle der GewO 1973 in intensiver Diskussion. Im Sinne der Bestrebungen zur Entbürokratisierung der Wirtschaft werden Möglichkeiten geprüft, um Betriebsneugründungen und Betriebsübernahmen zu erleichtern. Diese Bestrebungen liegen im Interesse einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung, wobei die Erhöhung der beruflichen Mobilität der Gewerbetreibenden eine wesentliche Rolle spielt. Ferner ist ein weiterer Ausbau der Umweltschutzvorschriften in der GewO 1973 geplant. Die beabsichtigte Novelle hat außerdem im Sinne der laufenden Bemühungen für eine Verwaltungsreform Verwaltungsvereinfachungen für Parteien und Behörden zum Ziel.

II. Verordnungen

Für den Rest der laufenden Legislaturperiode sind insbesondere folgende Vorhaben geplant:

1. Nach Auswertung des Ergebnisses des Begutachtungsverfahrens Erlassung der auf die GewO 1973 gestützten Verordnung über brennbare Flüssigkeiten.
2. Nach Auswertung des Ergebnisses des Begutachtungsverfahrens Erlassung der auf die GewO 1973 gestützten Verordnung über die Begrenzung des Schwefelgehaltes von Kraftstoffen für nicht zum Betrieb von Kraftfahrzeugen bestimmte Dieselmotoren.

- 10 -

3. Nach Auswertung des Ergebnisses des Begutachtungsverfahrens Erlassung der Verordnung gemäß § 28 Berufsausbildungsgesetz über den Ersatz der Lehrabschlußprüfung und der Lehrzeit aufgrund schulmäßiger Ausbildung.
4. Novellierung der Verordnung über Lagerung von Druckgaspackungen in gewerblichen Betriebsanlagen, BGBl.Nr. 435/1982.
5. Nach Abschluß der derzeit laufenden technischen Vorarbeiten die Erstellung des Entwurfes einer neuen Flüssiggas-Verordnung.
6. Nach Abschluß der derzeit laufenden technischen Vorarbeiten die Erstellung des Entwurfes einer Verordnung aufgrund des § 72 GewO 1973 betreffend die Bestimmung des Schalleistungspiegels von Maschinen und Geräten.

III. Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 15a B-VG

Derzeit wirkt das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie an den Vorarbeiten für eine Immissionsschutzvereinbarung gemäß Art. 15a B-VG mit.

Überdies sind weitere Vereinbarungen betreffend eine verstärkte Regionalförderung geplant.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung

1. Für die Bedienung der Gemeinsamen Kreditaktion des Bundes, der Kammer und der Länder wurden für das Bundesland Oberösterreich bisher folgende Bundesbeiträge in der XVI. GP zur Verfügung gestellt:

- 11 -

1983 3,361.000 S

1984 3,361.000 S

Für 1985 sind 3,364.930 S vorgesehen.

2. Im Rahmen der BÜRGES-Aktionen erfolgten für das Land Oberösterreich in der XVI. GP bisher folgende positive Erledigungen:

a) Im Rahmen der Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

1983 368 Anträge mit einem Kreditvolumen von 683,126 Mio. S

1984 519 Anträge mit einem Kreditvolumen von 857,174 Mio. S

und bis Ende Mai

1985 251 Anträge mit einem Kreditvolumen von 334,777 Mio. S

b) Im Rahmen der BÜRGES-Kleingewerbekreditaktion

1983 944 Anträge mit einem Kreditvolumen von 250,440 Mio. S

1984 1.053 Anträge mit einem Kreditvolumen von 263,875 Mio. S

und bis Ende Mai

1985 520 Anträge mit einem Kreditvolumen von 132,120 Mio. S

c) Im Rahmen der Aktion "Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen"

1983 272 Anträge mit einem Kreditvolumen von 140,485 Mio. S

1984 283 Anträge mit einem Kreditvolumen von 152,160 Mio. S

und bis Ende Mai

1985 90 Anträge mit einem Kreditvolumen von 41,981 Mio. S

d) Im Rahmen der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion

1983 129 Anträge mit einem Kreditvolumen von 73,491 Mio. S

1984 169 Anträge mit einem Kreditvolumen von 97,704 Mio. S

und bis Ende Mai

1985 63 Anträge mit einem Kreditvolumen von 35,083 Mio. S

- 12 -

e) Im Rahmen der Prämienaktion "Komfortzimmer und Sanitärräume"

1983 121 Anträge, ausbezahlte Prämien 3,247.000 S
 1984 136 Anträge, ausbezahlte Prämien 4,201.500 S
 und bis Ende Mai
 1985 45 Anträge, ausbezahlte Prämien 1,548.500 S

f) Im Rahmen der Prämienaktion "Jederzeit warme Küche"

1983 167 Anträge, ausbezahlte Prämien 1,628.000 S
 1984 168 Anträge, ausbezahlte Prämien 1,627.900 S
 und bis Ende Mai
 1985 82 Anträge, ausbezahlte Prämien 631.300 S

g) Im Rahmen der Prämienaktion "Sanitärräume auf Campingplätzen"

1983 1 Antrag, ausbezahlte Prämien 12.000 S
 1984 1 Antrag, ausbezahlte Prämien 207.000 S
 und bis Ende Mai
 1985 0 Anträge, ausbezahlte Prämien ----

h) Im Rahmen der Aktion "Zuwendungen für Fremdenverkehrsbetriebe an Seen"

1983 4 Anträge, ausbezahlte Prämien 34.006 S
 1984 0 Anträge, ausbezahlte Prämien ----
 und bis Ende Mai
 1985 1 Antrag, ausbezahlte Prämien 17.712 S

3. "Fremdenverkehrs-Förderungsaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie"

1983 12 Anträge mit einem Kreditvolumen von 17,910.000 S
 1984 18 Anträge mit einem Kreditvolumen von 58,322.600 S
 31. Mai
 1985 8 Anträge mit einem Kreditvolumen von 18,775.000 S

- 13 -

4. "Qualifizierungs- und Innovationsprämie"

31. Mai 1985 5 Anträge, bewilligte Prämien 3,053.000 S

5. "ERP-Aktion" (budgetiert beim Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr)

1983 4 Anträge, bewilligte Kredithöhe 26,300.000 S

1984 -- --

31. Mai 1985 -- --

6. "ERP-Ersatzaktion"

1983 3 Anträge mit einem Kreditvolumen von 15,000.000 S

1984 4 Anträge mit einem Kreditvolumen von 29,400.000 S

31. Mai 1985 -- -----

7. "Betriebssicherungsmaßnahmen"

1983 --

1984 1 Antrag, ausbezahlter Zuschuß 750.000 S

31. Mai 1985 -- --

8. "Fremdenverkehrs-Verkaufsförderungsaktion"

1984 3 Anträge, bewilligte Prämien 55.000 S

31. Mai 1985 2 Anträge, bewilligte Prämien 14.000 S

9. "FAG-Aktion", (budgetiert beim Bundesministerium für Finanzen)

1983 15 Anträge, bewilligte Prämien 3,650.000 S

1984 31 Anträge, bewilligte Prämien 5,274.000 S

31. Mai 1985 9 Anträge, bewilligte Prämien 1,753.000 S

10. "Subventionen"

1983 2 Anträge, bzw. Subventionen 153.000 S

1984 4 Anträge, bzw. Subventionen 333.509 S

1985 -- --

11. "Förderung der Kooperation"

1983 3 Anträge, bzw. Förderungen 169.000 S

1984 1 Antrag, bzw. Förderung 30.045 S

1985 -- --

- 14 -

Die Leistungen im Rahmen der BÜRGES-Aktionen sind von der Einbringung der Anträge durch Förderungswerber des Landes Oberösterreich bzw. in der Gemeinsamen Kreditaktion von der Zurverfügungstellung von Budgetmitteln im Jahre 1986 abhängig und können daher für die restliche XVI. GP derzeit nicht beziffert werden.

In der langen Zeit des Bestehens der Bürgesaktionen mußte aber bisher kein Antrag, der den Richtlinien entsprach, mangels vorhandener Förderungsmittel abgewiesen werden.

Im Rahmen der Förderung nach dem Stärkeförderungs-gesetz 1969 wurden vom 1. Juli 1983 bis 31. März 1985 für Unternehmen im Bundesland Oberösterreich rd. 104 Mio. S an Förderungsmittel ausbezahlt.

Für Unternehmen im Bundesland Oberösterreich sind für 1985 Budgetmittel in etwa derselben Höhe wie für 1984 vorgesehen.

Die Förderungsaktionen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie für die Textil- und Bekleidungsindustrie, sowie für die ledererzeugende und lederverarbeitende Industrie, die seit 1979 laufen, wurden im Jahr 1984 fortgeführt und laufen 1985 aus. Um vermehrt Klein- und Mittelbetriebe in die Förderung einzubeziehen, wurde mit der Verlängerung der Aktion im Jahr 1984 eine Ausweitung der Aktion auf das ledererzeugende und lederverarbeitende Gewerbe, das Bekleidungs-gewerbe und das Textilgewerbe vorgenommen und die Förderungsgrenze am Textilsektor auf 2 Mio. S herabgesetzt.

Im Rahmen dieser Aktion wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode für die einschlägigen Unternehmen in Oberösterreich

- 15 -

Förderungszusagen für Investitionen in der Höhe von insgesamt 246,64 Mio. S erteilt. Die Förderung besteht in einem 10%igen Zuschuß zur Investitionssumme.

Von weiteren für die laufende GP geplanten Vorhaben des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie können noch nachstehend folgende angeführt werden, welche auch für das Bundesland Oberösterreich von Bedeutung sind:

1. Erstellung des Berichtes über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 1985 aufgrund des § 5 des Bundesgesetzes vom 1.7.1982, BGBl.Nr. 351, über Maßnahmen zur Leistungssteigerung kleinerer und mittlerer Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft.
2. Reform des Förderungswesens.
3. 10-jähriges Gewerbeforschungsprogramm als Basis für die Grundlagenarbeit im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft für weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen sowie als Koordinierungsinstrument.
4. Einrichtung einer Kooperationsförderung.
5. Durchführung der Resolutionen des Österreichischen Fremdenverkehrstages 1984; Arbeiten des permanenten Ausschusses "Fremdenverkehr und Umwelt".

- 16 -

Im Bereich der Information der Wirtschaft

Informationsstelle für öffentliche Aufträge

Im Sinne der von der Bundesregierung angestrebten Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung war die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für öffentliche Aufträge im Zusammenwirken mit den Beschaffungsämtern des Bundes und auch anderer Gebietskörperschaften bemüht, eine möglichst gezielte Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand zu erreichen, um solchen Unternehmen zu helfen, die Auftragslücken zu verzeichnen hatten und für die ein Auftrag der öffentlichen Hand einen wichtigen Impuls zur Wirtschaftsbelebung darstellte. In diesem Sinne wurden laufend oberösterreichische Firmen in ihrem Bestreben, Aufträge der öffentlichen Hand zu erhalten, unterstützt.

Investorenwerbung und Investoreninformation

Die im Bundesministerium eingerichtete Informationsstelle für Investoren erbringt sowohl der österreichischen Wirtschaft als auch potentiellen ausländischen Investoren durch Werbemaßnahmen einerseits sowie Informations- und Vermittlungstätigkeit andererseits Serviceleistungen, die die Ansiedlung wertschöpfungs- und wachstumsorientierter Produktionsbetriebe zur Verbesserung der regionalen und sektoralen Industriestruktur bezwecken. Hierbei arbeitet die Informationsstelle eng u.a. mit den in Frage kommenden Dienststellen der Länder (im Bundesland Oberösterreich mit der Abteilung Gewerbe des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung sowie der Handelskammer Oberösterreich) zusammen.

- 17 -

Neben dem aus obgenannter Tätigkeit sich ergebenden allgemeinen Nutzen für das Land Oberösterreich werden von der Informationsstelle gegenwärtig folgende Serviceleistungen für das Land Oberösterreich erbracht:

Verwaltung von insgesamt 53 Standortangeboten sowie Kapitalbeteiligungs- und Kooperationswünschen aus Oberösterreich. In der laufenden Gesetzgebungsperiode (19.5.1983 bis 14.12.1984) konnten hievon 30 Kontakte zu potentiellen in- und ausländischen Investoren bzw. Kapital- und Kooperationsanbietern hergestellt werden.

Als Ergebnis der einschlägigen Bemühungen konnte die Ansiedlung der Firma CIMA Cigarettenpapiermanufactur Ges.m.b.H. (Tochter der Gizeh-Werk-Ges.m.b.H., BRD) in St. Peter am Wimberg, pol.Bez. Rohrbach, in die Wege geleitet werden. Der Betrieb nahm die Produktion im Juni 1983 auf. Weiters IBM-VOEST in Engerwitzdorf und das BMW-Motorenwerk in Steyr.

Im Bereich der Alt- und Abfallstoffverwertung

Der Verwertung von Alt- und Abfallstoffen wird seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie im Hinblick auf die gebotene Sparsamkeit bei der Nutzung der Rohstoffquellen, auf die Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten zur Entlastung der Zahlungsbilanz sowie auf die Erfordernisse des Umweltschutzes besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

In Oberösterreich wurden im Rahmen der vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie in Zusammenarbeit mit einschlägig tätigen Stellen vermittelten oder unterstützten Altrohstoffsammlungen im Berichtszeitraum insgesamt 45.000 t Altrohstoffe aufgebracht und der heimischen Industrie als Sekundärrohstoffe zur Verfügung gestellt.

- 18 -

Um das Sammelnetz zwecks weiterer Steigerungen des Altrohstoffaufkommens zu verdichten, hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie in den Jahren 1982 bis 1984 mit insgesamt öS 30,575.000,-- die Anschaffung von zusätzlichen Sammelbehältern gefördert, welche nahezu ausschließlich in oberösterreichischen Betrieben gefertigt wurden.

Um bei allen bundesweit einheitlichen und im Interesse einer positiven Motivierung der Bevölkerung nachhaltigen Aktivitäten zur Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfällen auch die Interessen einzelner Bundesländer bestmöglich berücksichtigen zu können, wurde im Juni 1984 mit der Abfall-Sammel- und Verwertungsagentur (ASVA) ein Verein gegründet, der Maßnahmen in eben diese Zielrichtung initiieren, koordinieren und fördern soll. Neben den Bundesministerien für Handel, Gewerbe und Industrie, für Gesundheit und Umweltschutz und für Wissenschaft und Forschung sowie den Interessenvertretungen waren wegen der sich für sie ergebenden Vorteile auch die Gebietskörperschaften zur Mitarbeit in diesem Verein eingeladen worden. Die ASVA hat bereits konkrete Konzepte für die Steigerung des Altrohstoffaufkommens, aber auch für die Behandlung von Sonderabfall aus den Haushalten, für einschlägige Werbemaßnahmen und für ähnliche andere Aktivitäten zur Realisierungsreife entwickelt, die in Summe jedenfalls auch dem Umweltschutz initiativ mit der Behandlung von Abfällen im Bundesland Oberösterreich zugute kommen werden.

In Entsprechung der Bestimmungen des Altölgesetzes haben in Oberösterreich 57 Gewerbebetriebe ihre Tätigkeit als Sammler und Aufarbeiter von Altölen angezeigt.

- 19 -

Im Bereich des Umweltschutzes

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mißt der Vermeidung von Belastungen der Umwelt durch die Energienutzung und -umwandlung größte Bedeutung zu. Der Kampf gegen Luftschadstoffe, die für den Menschen und seine Lebensgrundlagen gefährlich sind, gegen den sauren Regen und gegen das Waldsterben ist entschlossen aufgenommen worden:

- Im Dampfkessel-Emissionsgesetz (1980) und den Durchführungsverordnungen hiezu wurden sowohl für Neuanlagen als auch Altanlagen Emissionsgrenzwerte für verschiedene Schadstoffkomponenten festgelegt, wodurch bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt entscheidende Emissionsreduktionen erreicht wurden.
- Im Forstgesetz und in der 2. Verordnung gegen forstschädliche Luftverunreinigungen werden in einem Stufenplan Maßnahmen gegen das Waldsterben durch wirkungsbezogene Immissionsgrenzwerte (Schwefeldioxid, Fluor- und Chlorwasserstoff und Staub) und Emissionsbeschränkungen für Anlagen ab 2 MW Brennstoffwärmeleistung oder mit mehr als 6 kg SO₂/h festgelegt.
- Derzeit wird im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eine Novelle des Altölgesetzes vorbereitet. Dieses Bundesgesetz regelt die Erfassung, Sammlung und Aufarbeitung von Altölen.

Durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen in naher Zukunft werden PCB-haltige und bestimmte chlorhaltige Altöle aus der Verwertungsregelung des Altölgesetzes ausgenommen, wodurch sie unter die Bestimmungen des Sonderabfallgesetzes fallen werden.

- 20 -

- Bei den derzeitigen Vorarbeiten für die nächste Novellierung der Gewerbeordnung 1973 wird weiteren Verbesserungen im Bereich des Betriebsanlagenrechtes auf dem Gebiet des Umweltschutzes besonderes Augenmerk zugewendet.

- Bundesweit erfolgte in den Jahren 1982 bis 1984 eine Absenkung des Schwefelgehaltes
 - bei Ofenheizöl von 0,5 % auf 0,3 %
 - bei Heizöl Leicht von 1,5 % auf 0,5 %
 - bei Heizöl Mittel von 2,5 % auf 1,0 %
 - bei Heizöl Schwer von 3,5 % auf 2 %

Darüber hinaus sind in regionalen Rechtsvorschriften weitergehende Regelungen enthalten.

Eine weitere Herabsetzung ist nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten in Aussicht genommen; die österreichische Mineralölwirtschaft ist derzeit in der Lage, örtliche Teilbereiche des Bundesgebietes mit 1 % Schwefelgehalt aufweisendem Heizöl Schwer zu versorgen.

Im Zuge der Vorarbeiten für eine Novellierung der Gewerbeordnung 1973 wird eine Ergänzung der Bestimmung über die Probenziehung (§ 338 GewO 1973) vorbereitet; durch eine solche Ergänzung sollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß im Rahmen von Kontrollen betreffend die Einhaltung gewerberechtllicher Vorschriften (wie z.B. der Verordnung über die Begrenzung des Schwefelgehaltes von Heizöl) auch Proben entnommen werden dürfen.

- 21 -

- Seit 1979 wird durch förderungspolitische Maßnahmen die Fernwärmeversorgung entscheidend vorangetrieben.

Dieses Maßnahmenpaket zur Herabsetzung der Emissionen hat dazu geführt, daß

- die SO₂-Emissionen durch die bereits gesetzten Maßnahmen (Substitution von Heizöl Schwer, Reduktion des Schwefelgehaltes im Heizöl, Ausweitung der Fernwärmeversorgung) im Jahre 1985 auf 40 % des Wertes von 1980 abgenommen haben und bis 1990 um weitere 10 %-Punkte fallen werden.
- Die jährlichen Bleiemissionen im Verkehrssektor nahezu auf ein Drittel vermindert wurden.

Bei den erforderlichen energetischen Umwandlungsprozessen, bei denen Umweltbelastungen entstehen, werden in Zukunft

- stark emissionsverursachende Energieträger durch weniger emissionsverursachende substituiert
- bei den einzelnen Energieträgern die umweltschonendsten Verbrennungstechniken zur Anwendung gebracht
- die beim Umwandlungsprozeß entstehenden gasförmigen und staubförmigen Schadstoffe mit wirksamen Filtertechnologien reduziert
- die bei der Anwendung dieser Filtertechnologien anfallenden (Abfall-)produkte umweltschonend gelagert (Deponien) oder einem Verwertungsprozeß zugeführt.

Beratungstage

Bezüglich weiterer Aktivitäten in der laufenden Gesetzgebungsperiode ist seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie geplant, gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt im

- 22 -

Herbst 1985 im Raum Mühlviertel eine gemeinsame Beratungsaktion für die gewerblich - industriellen sowie die Fremdenverkehrsbetriebe mit den bundesweiten Finanzierungseinrichtungen durchzuführen, an denen sich auch Vertreter des Landes Oberösterreich beteiligen werden. Im Rahmen der Beratungstage sollen die Betriebe über besonders günstige Förderungsmöglichkeiten für Investitionsvorhaben informiert werden.

Im Bereich der Innovationspolitik

Was die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch eine gezielte Innovationspolitik anlangt, so ist darauf hinzuweisen, daß das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie anfangs 1984 den Ländern eine Ausdehnung der bewährten Bund/Bundesländerzusammenarbeit auf dem Gebiet der Rohstoffforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung auf dem Gesamtbereich der technischen Innovation angeboten hat. Im Rahmen dieser Kooperation sollen auch im Bundesland Oberösterreich innovative Vorhaben gemeinsam gefördert werden. Insbesondere könnten auf diese Weise betriebliche Innovationen vor allem in Klein- und Mittelbetrieben Oberösterreichs, die von anderen Förderungsaktionen nicht oder nicht ausreichend erfaßt werden, gefördert werden.

Im Zuge der Maßnahmen der Bundesregierung, die unter anderem dazu beigetragen haben, im Bundesland Oberösterreich den relativ hohen Beschäftigungsgrad zu sichern, die regionalen Ungleichgewichte und Disparitäten in bestimmtem Maße abzubauen, den Strukturwandel und die Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Innovationspolitik zu unterstützen, darf auch auf die folgenden Aktivitäten und Förderungen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie im Rahmen des "Service für die Wirtschaft" hingewiesen werden, die in der laufenden Gesetzgebungsperiode sowie auch in der nächsten Zeit Firmen im Bundesland Oberösterreich zugute kommen:

- 23 -

- Verpackungswesen

Beratung über öffentliche Auszeichnungsmöglichkeiten für vorbildliche Verpackungslösungen (Staatspreis für Verpackung); Förderung der Umstellung auf die 1l-AF-Normglas-pfandflasche.

- Werbewesen

Beratung über öffentliche Auszeichnungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftswerbung (Staatspreis für Werbung, Staatspreis für den Werbefilm).

- Innovation

Intensive Beratung der Einzelerfinder und für innovatorische Bemühungen von Unternehmen bezüglich öffentlicher Auszeichnungsmöglichkeiten (Staatspreis für Innovation), Förderungsmöglichkeiten (Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft) sowie Verwertungsmöglichkeiten.

Weiters wird auf die Mitarbeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie im Rahmen der Hausruck Entwicklungsgesellschaft m.b.H. verwiesen.

Im Bereich der Energiepolitik

Bereitstellung von Budgetmitteln, ERP-Mitteln, etc.

Die Finanzierungsmittel werden für die einzelnen Projekte in Form von Kapitalzuführungen, Bundeszuschüssen und ERP-Mitteln bereitgestellt:

Die Ennskraftwerke-AG (zu 50 % im Eigentum der Republik Österreich, 50 % Oberösterreichische Kraftwerke AG. OKA) errichteten eine Kraftwerkskette an der Enns. Für alle Kraftwerke in diesem

- 24 -

Bereich wurden im Jahre 1983 Ergänzungsinvestitionen in Höhe von 3 Mio. S (nur Verbundanteil auch bei den im folgenden genannten Ziffern) und im Jahre 1984 3,5 Mio. S durchgeführt.

Für das im Jahre 1972 in Betrieb genommene Laufkraftwerk Schönau mit einer Engpaßleistung von 26 MW und einem Regelarbeitsvermögen von 112 Mio.kWh betrug der Investitionsaufwand für eine Unterwassereintiefung 1983 3 Mio. S und im Jahre 1984 0,3 Mio. S.

In dem seit 1950 bestehenden Laufkraftwerk Großbraming mit einer Engpaßleistung von 65 MW und einem Regelarbeitsvermögen von 230,2 Mio. kWh wurden für die Erneuerung der Schaltware 1984 1,15 Mio. S investiert.

Im Laufkraftwerk Losenstein, das 1962 mit einer Engpaßleistung von 32 MW und einem Regelarbeitsvermögen von 154,2 Mio. kWh in Betrieb genommen worden ist, wurde 1984 die Erneuerung der Fernsprechanlage mit einem Investitionsaufwand von 0,05 Mio. S begonnen. Für das Jahr 1985 wurden die Aufwendungen mit S 200.000,-- veranschlagt.

In dem seit 1947 bestehenden Laufkraftwerk Staning mit einer Engpaßleistung von 33 MW und einem Regelarbeitsvermögen von 169 Mio. kWh wurde im Jahre 1983 mit der Sanierung der Turbinen 1, 2, 3 begonnen. Der Aufwand in diesem Jahr betrug 11,4 Mio. S, im Jahre 1984 12,7 Mio. S. Für das Jahr 1985 wurden die Aufwendungen mit 13,5 Mio. S veranschlagt.

Für die Automatisierung II betragen die Investitionen im Jahre 1984 für die Werksgruppe Obere Enns 3 Mio. S, der Aufwand im Jahre 1985 wird hierfür 5,8 Mio. S. betragen.

- 25 -

Im Rahmen einer Sonderaktion für Kleinkraftwerke wurden aus budgetären Mitteln im Jahre 1983 Investitionszuschüsse in Höhe von insgesamt 7,658 Mio. S an drei Unternehmen vergeben. Im Jahre 1984 wurde einem Unternehmen ein Investitionszuschuß in Höhe von S 368.000,-- angewiesen, für ein weiteres Unternehmen ist die Vergabe in Höhe von S 671.000,-- vorgesehen.

Diese Investitionszuschüsse aus budgetären Mitteln dienen der Wiederinstandsetzung, dem Umbau oder Ausbau und der Neuerrichtung von Kleinkraftwerken und der dem Unternehmen zugehörigen Leitungsanlagen. Für energiewirtschaftlich förderungswürdige Investitionen kann eine einmalige Geldzuwendung in Höhe von maximal 10 v.H. der gesamten Investitionssumme gewährt werden.

Für die Förderung der Elektrifizierung aus Bundesmitteln wurde noch im Jahr 1984 aufgrund der im 2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1984 genehmigten Mittel einem gemeindeeigenen Elektrizitäts-versorgungsunternehmen ein Bundesdarlehen in Höhe von S 500.000,-- gewährt.

Die Bundesdarlehen dienen dem Ausbau von privat- und gemeinde-eigenen Versorgungsanlagen, damit eine gesicherte Stromversorgung gewährleistet ist. Diese Darlehen haben eine Laufzeit von 10 bis 12 Jahren und werden mit 3 % p.a. verzinst.

Aus der Quote "Energie" des ERP-Wirtschaftsjahres 1982/83 wurden 10 Mio. S für das Fernheizkraftwerk Linz der Linzer Elektrizitäts-, Fernwärme- und Verkehrsbetriebe AG und 20 Mio. S für Investitionen auf dem Gebiet der Fernwärmeverteilanlagen bereitgestellt.

Aus der Quote Energie des ERP-Wirtschaftsjahres 1983/84 wurden für Fernwärmeerzeugungsinvestitionen 10 Mio. S ERP-Mittel an ein Unternehmen vergeben.

- 26 -

Aus der Quote Energie des ERP-Wirtschaftsjahres 1984/85 ist vorgesehen, für Fernwärmeverteilanlagen ERP-Mittel in Höhe von 10 Mio. S bereitzustellen.

Investitionen der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG für Leitungsvorhaben (Verbundgesellschaft - 100 % Bundes-eigentum)

Die 380-kV-Leitung von Ernsthofen bis St. Peter mit einem Gesamtkostenaufwand von 1.134 Mio. S soll bis 1985/86 fertiggestellt sein. Bis Ende 1983 betrug der Investitionsaufwand 99 Mio. S, im Jahre 1984 rd. 152 Mio. S.

Förderungen gemäß § 8 Abs. 4 Z. 4 Einkommensteuergesetz 1972 (vorzeitige Abschreibung in der Höhe von 60 %)

Die Voraussetzungen zur Erlangung dieser steuerlichen Begünstigungen wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode 7 oberösterreichischen Unternehmen durch die Ausstellung einer Bescheinigung des Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie nachgewiesen.

Förderungen nach dem Energieförderungsgesetz 1979

In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden gemäß § 16 Abs. 3 EnFG vier Projekte als energiewirtschaftlich zweckmäßig bescheinigt.

Gemäß § 2 Abs. 4 EnFG wurden 2 das Bundesland Oberösterreich betreffende Anträge in den letzten beiden Sitzungen des Elektrizitätsförderungsbeirates behandelt und als für die Elektrizitätswirtschaft zweckmäßig empfohlen. Die entsprechenden Bescheinigungen werden in naher Zukunft ergehen.

- 27 -

Gemäß § 11 Abs. 2 EnFG wurde ein Projekt als energiewirtschaftlich zweckmäßig bescheinigt.

Meßgeräte-Aktion

Aus dem Bereich des Bundeslandes Oberösterreich wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode noch keine Anträge um Investitionszuschüsse für die Anschaffung von Energieverbrauchsmeßgeräten eingebracht.

Förderung der Fernwärme gemäß Bundesgesetz vom 10. Dezember 1982 über die Förderung der Versorgung mit Fernwärme (Fernwärmeförderungsgesetz), BGBl.Nr. 640/1982

Gefördert werden können

a) Investitionen für Fernwärmeerzeugungs- und Verteilanlagen innerhalb eines bestimmten Fernwärmeausbauprojektes, sofern mit deren Verwirklichung in der Zeit vom 1. Jänner 1983 bis 31. Dezember 1985 begonnen wird.

b) die Erstellung von Konzepten und Studien

Diese Förderung kann entweder in Form von Zinsenzuschüssen oder sonstigen Geldzuwendungen gewährt werden. Die Förderung des Bundes wird jedoch von einer Förderung des Projektes durch andere Gebietskörperschaften, in denen diese Vorhaben zum Tragen kommen, abhängig gemacht.

zu a) Im Rahmen dieses Gesetzes konnte im Jahre 1984 für Fernwärmeinvestitionen im Bereich Linz ein Investitionszuschuß in Höhe von 0,336 Mio. S gewährt werden. Es sind auch weitere Förderungen für den Fernwärmeausbau in der Landeshauptstadt vorgesehen. Für die bereits beantragten Investitionen werden Mittel in Höhe von etwa S 850.000,-- bereitgestellt werden.

- 28 -

Für den geplanten Fernwärmeausbau im Bereich Riedersbach Trimmelkam, Vöcklabruck und Timelkam wurden Gesamtinvestitionskosten in Höhe von etwa 960 Mio. S veranschlagt. Des weiteren sollen geplante Geothermieprojekte verwirklicht und im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes einer Förderung zugeführt werden.

zu b) Gemäß § 9 des Fernwärmeförderungsgesetzes 1982 wurden im Bundesland Oberösterreich folgende Konzepte bzw. Studien gefördert:

Die Projektstudie Braunau wurde seitens des Bundes mit S 250.000,-- mitfinanziert.

Für die Projektstudie Riedersbach-Salzburg wurden seitens des Bundes rund S 121.000,-- bezahlt. Für die Ergänzungsstudie Riedersbach wurde seitens des Bundes ein Finanzierungsbeitrag in der Höhe von S 46.667,-- zugesagt.

Derzeit liegen zwei weitere Anträge auf Förderung von Energieversorgungskonzepten vor, die jedoch noch komplettiert werden müssen. Der Förderungsbeitrag des Bundes wird voraussichtlich jeweils rund S 50.000,-- betragen.

Im Bereich des Bergbaues und der Roh- und Grundstoffe

In den Jahren 1983 und 1984 flossen den in Oberösterreich gelegenen Bergbauen der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG und Salzach-Kohlenbergbau Ges.m.b.H. aus Mitteln der Bergbauförderung Beihilfen von insgesamt 39,3 Mio. S zu. Durch den Einsatz dieser Mittel war es vor allem möglich, sowohl die

- 29 -

Prospektion und Exploration voranzutreiben, als auch die Modernisierung der Gruben weiterzuführen und dem neuesten Stand der Technik anzupassen. Des Weiteren wurde der Aufschluß der neu aufgefundenen Lagerstätte Tarsdorf Ost-Weilhart fortgeführt.

Zum Aufschluß eines neuen Abbaufeldes in einem Kaolinbergbau wurde aus Mitteln der Bergbauförderung im Jahre 1983 ein Zuschuß von 0,7 Mio. S und im Jahre 1984 ein Zuschuß von 0,73 Mio. S. gewährt.

Die Suche nach Gips im Bereich des Phyrnpasses wurde im Jahre 1984 mit 0,995 Mio. S aus Mitteln der Bergbauförderung unterstützt.

Zur Durchforschung des Bundeslandes Oberösterreich nach nutzbaren Lagerstätten mineralischer Rohstoffe gemäß den Bestimmungen des Lagerstättengesetzes, BGBl.Nr. 246/1947, wurden vom ho. Ressort gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sowohl im Jahre 1983 als auch im Jahre 1984 2 Projekte mit jeweils 0,25 Mio. S unterstützt.

Im Jahr 1983 wurde das Projekt der Stadtgemeinde Braunau am Inn "Fixierung des Standortes einer Geothermiebohrung" mit 0,274 Mio. S, im Jahr 1984 das Projekt der Stadtgemeinde Ried im Innkreis "Fixierung des Standortes einer Geothermiebohrung" mit 0,256 Mio. S unterstützt.

Im weiteren Verlauf der XVI. Gesetzgebungsperiode sollen aus Mitteln der Bergbauförderung, zur Vollziehung des Lagerstättengesetzes sowie der Rohstoffsicherung, die Suche und Erschließung von Lagerstätten mineralischer Rohstoffe sowie die Entwicklung neuer Verfahren zur besseren Ausnützung von Rohstoffen unterstützt werden.

